

SAFER WORLD is a private independent international internet information network

www.safer-world.org

newsletter 105 / 28. 01. 2007

AKTIV

Von Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) NRW
Coordination gegen BAYER-Gefahren Presse Info vom 16. Januar 2007 **Australischer Giftmüll in NRW: Umweltverbände fordern Importstopp und Untersagung der Genehmigung für HCB-Verbrennung**

Mehr unter <http://www.cbgnetwork.org/1758.html>

Protestbrief an den NRW-Umweltminister

<http://www.cbgnetwork.org/downloads/%20Brief%20BUND%20und%20CBG%20an%20NRW%20Umweltminister.pdf>

=====

CHEMIKALIEN - FEINSTAUB

UBA Dessau, den 26.01.2007

Feinstaub: Auch 2006 dicke Luft in vielen deutschen Städten. Umweltbundesamt (UBA) zieht erste Bilanz der Belastung in Deutschland

Die Auswertung der noch vorläufigen Feinstaubdaten für das Jahr 2006 zeigt: Die Belastung der Bevölkerung mit gesundheitsschädlichen Feinstäuben ist –wie schon im Jahr 2005 – zu hoch. An 100 der zirka 450 Messstationen lag die Feinstaubkonzentration im vergangenen Jahr an mehr als 35 Tagen über dem zulässigen Wert von 50 µg/m³ (Mikrogramm = ein Millionstel Gramm pro Normkubikmeter Luft). Dieser Grenzwert für Feinstaub – also die Überschreitung von 50 µg/m³ an nicht mehr als 35 Tagen pro Jahr – gilt seit Anfang 2005. Städte wie Stuttgart, München, Cottbus, Leipzig und Dortmund überschritten den Grenzwert deutlich. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich 2006 die Belastung der menschlichen Gesundheit und der Umwelt mit Feinstäuben weder verbessert noch verschlechtert. Wie 2005 traten die Grenzwertüberschreitungen überwiegend an städtischen Verkehrsmessstationen auf.

Neben dem Feinstaub bietet ein anderer Luftschadstoff Anlass zu mehr und mehr Sorge: Stickstoffdioxid (NO₂), ein Gas, das die Atmung beeinträchtigt und bei Verbrennungsvorgängen – etwa bei der Energieerzeugung und im Straßenverkehr – entsteht. Nach Auffassung des UBA läuft Deutschland Gefahr, auch beim NO₂ den ab 2010 EU-weit geltenden Grenzwert von 40 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel nicht einzuhalten. Derzeit überschreiten die NO₂-Konzentrationen an rund der Hälfte der städtischen, verkehrsnahen Messstellen in Deutschland den ab 2010 geltenden Jahresgrenzwert. Nach den bisherigen Emissionstrends ist nicht damit zu rechnen, dass Deutschland diesen Grenzwert flächendeckend einhalten wird.

Aktuelle Luftqualitätsdaten und Auswertungen im Internet unter <http://www.env-it.de/luftdaten/start.fwd>. Weitere Informationen erteilt Frau Ute Dauert 0340/ 2103-2531; E-Mail: ute.dauert@uba.de.

Internet: www.umweltbundesamt.de

04.01.07

Mittelohrentzündung vom Feinstaub - Schon geringe Steigerung der Schadstoffbelastung

erhöht das Risiko

Baierbrunn (ots) - Luftschadstoffe wie Stickstoffdioxid und Feinstaub, deren Konzentrationen bei hohem Verkehrsaufkommen zunehmen, können bei Kindern eine akute Mittelohrentzündung hervorrufen, berichtet die "Apotheken Umschau". Wissenschaftler des GSF-Forschungszentrums für Umwelt und Gesundheit, Neuherberg, fanden in einem Projekt mit niederländischen Universitäten heraus, dass schon der geringe Anstieg der Feinstaubbelastung um 3 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft das Risiko einer Erkrankung um bis zu 25 Prozent erhöht. Die Forscher werteten Daten von rund 4800 Kindern und 40 Messstationen in den Niederlanden und Deutschland aus. Seit dem vergangenen Jahr gilt eine EU-Richtlinie, nach der im Tagesmittel nicht mehr als 50 Mikrogramm pro Kubikmeter vorkommen darf.

Das Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau" 1/2007 A liegt in den meisten Apotheken aus und wird ohne Zuzahlung an Kunden abgegeben.

Mehr Pressetexte auch online: www.GesundheitPro.de > Button Presse-Service (Fußleiste)

Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=52678>

Pressekontakt: E-Mail: pirhalla@wortundbildverlag.de

=====

CHEMIKALIEN - TABAK

Bundestag Heute 15.01.2007

Fraktionen wollen Nichtraucherschutz verbessern

Petitionsausschuss

Berlin: (hib/MIK) Die Fraktionen des Deutschen Bundestags wollen sich für einen verbesserten Nichtraucherschutz einsetzen. Dies wurde deutlich bei der ersten öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses am Montagnachmittag, bei der neun Petitionen zum Nichtraucherschutz beraten wurden. Insgesamt wurden diese Eingaben von mehr als 12.000 Personen unterstützt. Alle traten für einen verbesserten Nichtraucherschutz ein, in dem ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Gaststätten, in Kraftfahrzeugen und am Arbeitsplatz gefordert wurde. Ein Petent forderte darüber hinaus, ein Verbot von Produkten, die Kinder an Tabak heranführen können. Dazu gehörten unter anderem Schokoladenzigaretten. Der Vertreter des Bundesjustizministeriums wies jedoch darauf hin, dass der Bundesgesetzgeber nicht "mit einem Schlag" den Nichtraucherschutz regeln könne. Gerade nach der Föderalismusreform gebe es eine breite Zuständigkeit der Länder - dies gelte vor allem auch für die Gastronomie. Allerdings hat der Bund laut den Regierungsvertretern bei der Ausschusssitzung die Zuständigkeit für öffentliche Gebäude, für die öffentlich Bediensteten, für den Arbeitsschutz und den öffentlichen Verkehr. In diesem Zusammenhang gebe es auch auf Initiative der Bundesregierung Gespräche mit den Ländern, erste Ergebnisse würden bis März erwartet. Nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums sterben in Deutschland nach "konservativen Schätzungen" jährlich rund 3.300 Menschen durch Passivrauchen. In den USA gebe es jährlich rund 48.000 Tode. Ein wirksamer Schutz gegen das Passivrauchen beispielsweise durch entsprechende Lüftungsanlagen sei nicht bekannt. Der Ausschuss wird über die neun Petitionen abschließend in einer seiner nächsten Sitzungen entscheiden.

www.bundestag.de

Rauchen während der Schwangerschaft beeinflusst Rauchverhalten der Kinder

Nikotinkonsum während der Schwangerschaft ist schädlich für das ungeborene Kind. Dieser Umstand ist inzwischen mehrfach hinreichend belegt worden. Wissenschaftler der University of Queensland in Herston, Australien, konnten nun auch nachweisen, dass Rauchen während der Schwangerschaft einen direkten Einfluss auf das Risiko der Kinder hat, selbst nikotinabhängig zu werden. Die Forscher untersuchten dazu Daten der Mater-University of Queensland Study of Pregnancy (MUSP), einer Kohortenstudie mit 7.223 Müttern und deren Kinder, die 1981 im australischen Brisbane aufgelegt wurde. Insgesamt analysierten die Forscher das Rauchverhalten von 3.058 Müttern und deren Nachkommen, da nur von diesen der Nikotinkonsum dokumentiert worden war. Die Auswertung der Daten zeigte eindeutig, dass Kinder, deren Mütter während der Schwangerschaft geraucht hatten, im Vergleich zu denjenigen, deren Mütter niemals geraucht hatten, später wesentlich häufiger auch regelmäßig rauchten. Dabei spielte es ! der Studie zufolge keine wesentliche Rolle, ob diese Nachkommen eher früh oder spät mit dem Nikotinkonsum begonnen hatten. Kinder von Frauen, die regelmäßig geraucht, jedoch während der Schwangerschaft pausiert hatten, wiesen ein identisches

Rauchverhalten auf wie die Kinder von Nichtraucherinnen. Auch ein Nikotinkonsum der Mütter während der verschiedenen Lebensphasen beeinflusste diese Beobachtung nicht. Ebenso brachte die Adjustierung auf verschiedene weitere potenzielle Variablen keinerlei Veränderungen für dieses Ergebnis mit sich. Angesichts dieser Studienergebnisse vermuten die Forscher eine direkte Beeinflussung schon in utero auf das spätere Rauchverhalten der Kinder. Dies sei ein weiterer Grund, um Frauen zu überzeugen, während der Schwangerschaft nicht zu rauchen, so die Autoren der Studie. Jpo News an sieben Tagen in der Woche bei www.neuronews.de
<http://tc.bmj.com/cgi/content/abstract/15/6/452>

Deutsche Krebsgesellschaft fordert Volksentscheid zum Rauchverbot
Frankfurt/M - Angesichts des andauernden Streits um ein bundesweit einheitliches Rauchverbot in Deutschland hat die Deutsche Krebsgesellschaft einen Volksentscheid zu dem Thema gefordert. „Die Politik hat gezeigt, dass sie nicht in der Lage ist, [mehr]
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=20811>

Toxikologen warnen vor Wasserpfeifen - "Gewaschener" Rauch ist nicht weniger gefährlich als Zigaretten

Baierbrunn (ots) - Das Rauchen von Wasserpfeifen ist nicht ungefährlicher als Zigaretten. Als einen Irrglaube bezeichnet Dr. Thomas Schulz, Toxikologe am Bundesinstitut für Risikobewertung in der "Apotheken Umschau" die Behauptung, die "Shisha" - so der aus dem Arabischen stammende Kosenamen der Wasserpfeife - sei weniger gesundheitsschädlich. Sowohl bei der Schadstoffbelastung als auch beim Suchtpotential gleiche sie Zigaretten. Da in der Wasserpfeife Holzkohle verbrannt wird, ist die Konzentration von Teer und Kohlenmonoxid im Rauch sogar deutlich erhöht. Beim Rauchen einer Shisha wird zudem so viel Tabak konsumiert wie in zehn Zigaretten enthalten ist. Die Beliebtheit von Wasserpfeifen unter Jugendlichen nimmt in Deutschland stetig zu. In einer Umfrage gaben 54 Prozent der 16- bis 17-jährigen Befragten an, schon einmal Shisha geraucht zu haben.

Das Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau" 1/2007 A liegt in den meisten Apotheken aus und wird ohne Zuzahlung an Kunden abgegeben.

Mehr Presstexte auch online: www.GesundheitPro.de > Button Presse-Service (Fußleiste)
Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=52678>

22.12.06

Rauchen ist Gift für die Augen - Rauchende Diabetiker erleiden besonders oft Netzhautschäden

Baierbrunn (ots) - Raucher bezahlen ihr Laster unter anderem mit der Verkalkung ihrer Blutgefäße. Herzinfarkt, Schlaganfall und Raucherbein sind die Folgen. In einer großen Studie mit fast 12000 Diabetikern stellte sich nun heraus, dass auch die Augen stark darunter leiden, berichtet das Apothekenmagazin "Diabetiker Ratgeber". Rauchende Diabetiker erkrankten mehr als doppelt so oft an einem Netzhautschaden wie Diabetiker, die nicht rauchten. Es sind die kleinsten Blutgefäße im Auge, die unter der chronischen Schadstoffinhalation leiden.

Das Apothekenmagazin "Diabetiker Ratgeber" 12/2006 liegt in den meisten Apotheken aus und wird ohne Zuzahlung an Kunden abgegeben.

Mehr Presstexte auch online: www.GesundheitPro.de > Button Presse-Service (Fußleiste)

Originaltext: Wort und Bild - Diabetiker Ratgeber
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=52279>
Pressekontakt: E-Mail: pirhalla@wortundbildverlag.de

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Aus Mobilfunk-Newsletter der Bürgerwelle e.V.

12.01.2007

Weniger Elektromog als vor 50 Jahren?
<http://freepage.twoday.net/stories/3167677/>

Dreiste Datenfälschung in der Mobilfunk-Forschung
<http://omega.twoday.net/stories/3159383/>

Die Schweizer Forschungsstiftung Mobilkommunikation der ETH Zürich weigert sich, die exakten Daten der Studie über die Untersuchung der Folgen von UMTS-Strahlung für die Gesundheit zu veröffentlichen
<http://omega.twoday.net/stories/3167719/>

=====

INFO aus unterschiedlichen Quellen

27.01.2007

Farbstaub aus Druckern steht seit Jahren im Verdacht, die Gesundheit zu schädigen. Ob das stimmt, haben Toxikologen im Auftrag des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) untersucht. Die ersten Ergebnisse zeigen, dass Toner zumindest jede Menge Feinstaub in die Luft schleudern. Von Heike Le Ker [mehr...](#)
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,462541,00.html>

Autoabgase beeinträchtigen Lungenwachstum bei Kindern

Gefahr im Umkreis von 500 Metern verkehrsreicher Straßen
<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=070126012>

11.01.2007

"Deine Haut. Die wichtigsten 2 Quadratmeter Deines Lebens" Gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung starten erstmals gemeinsame Präventionskampagne

Berlin. "Deine Haut. Die wichtigsten 2 Quadratmeter Deines Lebens." Unter diesem Motto haben heute die gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung erstmals eine gemeinsame Kampagne zur gesundheitlichen Prävention gestartet. Für die Dauer von zwei Jahren werden 106 Krankenkassen und Unfallversicherungsträger für einen besseren Umgang mit dem größten Organ des Menschen werben. Das erklärte Ziel der Kampagne: "Gesunde Haut, weniger Hauterkrankungen!"

Die Kooperationspartner der Präventionskampagne Haut finden Sie unter www.2m2-haut.de
Herausgeber: Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG)

Internet: <http://www.hvbg.de>

|

Anmerkung Scherrmann:

Wie schon an anderer Stelle beschrieben: Hautschädigungen sind nicht zu uebersehen, Hirn-, Leber-Nieren-schädigungen eher.

Trotzdem: dass diese Praeventionskampagne angegangen wird, ist ein erster Schritt.

02.01.07

Arzneimittel nicht ins Klo! - Apotheken nehmen Medikamentenreste zurück

Baierbrunn (ots) - Gewässer und Grundwasser sind immer häufiger mit Arzneimittelrückständen belastet. Ein großer Teil davon stammt aus einer gedankenlosen Entsorgung durch Toiletten und Spülbecken, berichtet das Apothekenmagazin "Diabetiker Ratgeber". Das Frankfurter Institut für sozial-ökonomische Forschung befragte 1977 Erwachsene, wie sie alte Arzneimittel entsorgen und erfuhr: 16 Prozent der Befragten warfen übrig gebliebene Tabletten in die Toilette. Reste flüssiger Arzneimittel schütten 20 Prozent in Spüle oder Toilette.

Nur 29 Prozent wählen den sicheren Weg, den die Apotheken meistens kostenlos anbieten: Sie

geben ihre Reste dort ab.

Das Apothekenmagazin "Diabetiker Ratgeber" 1/2007 liegt in den meisten Apotheken aus und wird ohne Zuzahlung an Kunden abgegeben.

Mehr Pressetexte auch online: www.GesundheitPro.de > Button Presse-Service (Fußleiste)

Originaltext: Wort und Bild - Diabetiker Ratgeber

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=52279>

Pressekontakt: E-Mail: pirhalla@wortundbildverlag.de

Anmerkung Scherrmann:

Ich schreibe seit vielen Jahren, dass generell Arzneimittel (fuer Mensch und Tier) im Wasser ein Problem sind. Immerhin wird das Problem vermehrt erkannt.

DER SPIEGEL 1/2007 - 30. Dezember 2006

URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,457313,00.html>

"Wie ticken die Ärzte?"

Von Veronika Hackenbroch

Warum kommt medizinisches Wissen oft nicht oder zu spät im klinischen Alltag an? Lässt sich das vielleicht ändern? Das neue Feld der Versorgungsforschung soll Antworten liefern.

Extrem erhöhtes Krebspotenzial von Rapsöl als Kraftstoff

Untersuchungen des BG-Forschungsinstituts für Arbeitsmedizin (BGFA) zeigen: Das Krebspotenzial der Abgase von Rapsöl als Kraftstoff ist gegenüber herkömmlichem Diesel um das Zehnfache erhöht. Neben Berufskraftfahrern sind durch die Verwendung von Rapsöl als Kraftstoff alle Arbeitnehmer an Arbeitsplätzen gesundheitlich gefährdet, an denen Dieselmotoren unter einer Überdachung, in Hallen oder unter Tage genutzt werden. Dort atmen die Beschäftigten die Abgase direkt ein.

<http://www.hvbg.de/code.php?link=2413378>

Anmerkung Scherrmann:

Auch hier zeigt sich, dass es immer auch nötig ist, draufzuschauen, wo die "Nebenwirkungen" liegen, und dass auch natuerliche Stoff krankmachendes Potential besitzen.

VON Coordination gegen BAYER Gefahren

16.12. 2006

10.000 US-Forscher protestieren gegen Einmischung der Politik Manipulationen und Zensuren von Wissenschaftsergebnissen an der Tagesordnung

Washington DC (pte/15.12.2006/13:55) - Dem neu gewählten Kongress haben mehr als 10.600 Forscher aus allen 50 US-Bundesstaaten einen Forderungskatalog nach einer unzensierten und unpolitischen Wissenschaft übermittelt. Beim jährlichen Treffen der American Geophysical Union haben Forscher ein Dokument veröffentlicht, das Dutzende von unzulässigen Einmischungen und Zensuren seitens der Politik auflistet. Diese reichen von Themen wie Auswirkungen von Blei auf die Kindsentwicklung, über Sexual-Unterricht in Schulen bis hin zu Fragen der globalen Erwärmung, berichtet die American Union of Concerned Scientists (UCS) <http://www.ucsusa.org>.

"Von luftübertragenen Bakterien bis hin zu Ground Zero reicht die politische Einflussnahme der wissenschaftlichen Arbeit", so Francesca Grifo, Direktorin des Scientific Integrity Program beim UCS. "Der 110. Kongress der USA muss endlich Reformen durchbringen, dass die Arbeit in wissenschaftlichen Agenturen und Beratungsgremien auf objektiven und vorurteilslosen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht." Es ist nicht das erste Mal, dass sich US-Forscher über die politische Einflussnahme der republikanischen Regierung beschweren. Bereits im Feber 2004 hatten 52 Nobelpreisträger, 63 hoch dotierte Forscher und fast 200 Mitglieder verschiedener wissenschaftlicher Akademien gegen eine politische Einflussnahme protestiert. Das neue Compendium der UCS listet alle möglichen Details zum Thema Zensur und politischer Einflussnahme

von Forschern im Staatsdienst penibel auf. Einer der jüngsten Zwischenfälle betrifft die Manipulation des Tierschutz-Programms Endangered Species Act seitens des Innenministeriums - sechs Tierarten sollten demnach nicht unter Schutz gestellt werden. Ein anderer Fall betraf den Klimaexperten James Hansen, dem verboten wurde, das Thema globale Erwärmung mit Medien zu diskutieren.

"Es ist sehr schwer, gute öffentliche Politik ohne gute Forschung zu machen. Es ist sogar noch schwieriger, gute Politik mit schlechter Wissenschaft zu machen", meint Peter Gleick, Präsident des Pacific Institute for Studies in Development, Environment and Security. "In den vergangenen Jahren haben wir vermehrt Missbräuche der Wissenschaft sowie eine deutliche Zunahme von schlechter Forschung feststellen müssen", kritisiert der Experte. Das habe wichtige Themen wie etwa Klimaerwärmung, internationale Friedens- und Sicherheitspolitik und Wasserressourcen betroffen.

Politische Einflußnahme auf die Wissenschaft gibt es natürlich nicht nur in den USA. "Das beste Beispiel dafür ist die neue EU-Chemikalienverordnung REACH", erklärt Philipp Mimkes, Vorstand der Coordination gegen Bayer-Gefahren <http://www.cbgnetwork.org>, im presstext-Gespräch. Selbst konservative Medien berichteten darüber, dass mehr als 1.000 von der Chemieindustrie bezahlte Lobbyisten die Gestaltung von REACH in eine wesentlich weichere Richtung lenkte. Das sei der bislang größte Lobbyaufwand in der EU-Geschichte. "Auf Druck der Deutschen Regierung als größtes EU-Land mit dem Back-up von Bayer und BASF wurde REACH zum größten Erfolg der Chemieindustrie", erklärt Mimkes. Wie eng der Chemiekonzern Bayer sowohl mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen als auch mit der deutschen Bundesregierung verknüpft sei, werde am Beispiel der Coordination gegen Bayer-Gefahren deutlich. Auf Druck von Bayer wurde dem Verein der Status der Gemeinnützigkeit versagt. "Das wiederum bedeutet deutlich weniger Geld, da die Spenden nicht steuerlich absetzbar sind", erklärt Mimkes abschließend. (Ende)

Manipulationen und Zensuren von Wissenschaftsergebnissen an der Tagesordnung
<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=061215031>

Uebersetzung

Anmerkung Scherrmann:

Siehe hierzu auch den Artikel: **Wissenschaft im Belagerungszustand**. RACHEL'S ENVIRONMENT & HEALTH NEWS #822 July 21, 2005 .Original: **SCIENCE UNDER SIEGE** www.rachel.org Von Tim Montague

Ein eisiger Wind fegt in diesen Tagen durch die Hallen der Wissenschaft: gefälschte Forschung, Unterdrückung von unwillkommenen Ergebnissen, Korruption von wissenschaftlichen Ratgebergremien, universitäre Forschung, die unter dem Einfluss der Geldgebenden Firmen steht, und viele andere Interessenskonflikte. **Es ist, als sei die Wissenschaft im Belagerungszustand**. Uebersetzung ins Deutsche von Ingrid Scherrmann, download unter <http://www.safer-world.org/d/lit/montague.htm>

=====

KLIMA

24.01.07 vom BUND

Über zwei Drittel der Bäume krank / Klimawandel bedroht Forsten / Seehofer muss "Gesundheitsreform für den Wald" durchsetzen

Berlin (ots) - Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) forderte von Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer anlässlich der Veröffentlichung des Waldzustandsberichtes 2006 die Durchsetzung einer "Gesundheitsreform für den Wald". Die aktuellen Zahlen über massive Baumschäden würden belegen, wie wenig die Bundesregierung bisher zur Lösung des Problems unternommen habe. Als einzige öffentlich wahrnehmbare Tat in punkto Wald lasse Seehofer derzeit prüfen, ob der Waldzustandsbericht nur noch alle vier Jahre veröffentlicht werden könne. Der BUND erwarte, dass mit der heutigen Publizierung des Berichts dieser Plan beerdigt worden sei.

Helmut Klein, Waldexperte des BUND: "Als Gesundheitspolitiker sollte Seehofer wissen, dass der Patient Wald nicht gesünder wird, wenn man ihn nicht mehr untersucht. Nur die Abkehr vom überhöhten Energieverbrauch und die Verringerung des Schadstoffausstoßes kann den Wald retten."

Wälder seien für den Klimaschutz unverzichtbar und leiteten zugleich mit am stärksten unter der Erderwärmung. Blatt- und Nadelverluste, Nottriebe, Notblüte und verstärkte Fruchtbildung seien Zeichen für den Stress, dem die Bäume ausgesetzt seien. Bei Eichen und Buchen wiesen 83 bzw. 84 Prozent der Bäume Schäden auf. Hauptverantwortlich dafür seien auch die Luftschadstoffe aus Verkehr und Landwirtschaft.

Als wirksame Sofortmaßnahme zum Schutz des Waldes forderte der BUND Tempolimits im Straßenverkehr und die massive Reduktion des Energieverbrauches u.a. über eine höhere Besteuerung fossiler Energieträger. Auf Unverständnis stoße Seehofers Schweigen, wenn Verkehrsminister Tiefensee und Umweltminister Gabriel in unheiliger Allianz mit dem ADAC für das "Freie Rasen für freie Bürger" votierten. Die inkonsequente Umwelt- und Klimapolitik der Großen Koalition werde sich verheerend auf den Zustand des Waldes auswirken.

Auch im Landwirtschaftsressort müsse Seehofer sofort handeln. Die stärkere Förderung des Ökolandbaus könne die Massentierhaltung zurückdrängen. Deren massiver Ausstoß von Ammoniak schädige den Wald besonders stark.

Der BUND bezweifelt, dass sich die Energie- und Klimaprobleme mit einer stärkeren Nutzung von Biomasse lösen ließen. Klein: "Es nützt nichts, die heutige Energieverschwendung lediglich mit neuen Rohstoffen weiter aufrecht zu erhalten. Der Energieverbrauch muss drastisch gesenkt werden, das schont nicht nur Ressourcen, sondern verschont auch den Wald vor Schadstoffen."

Weitere Hintergrund-Informationen und Grafiken im Internet unter: www.waldklein.de
Internet: www.bund.net

KRANKHEITEN - ANGSTSTOERUNGEN

Ärzte Zeitung, 15.01.2007

Gezieltes Fragen deckt verborgene Angststörungen auf Pri-Med-Fortbildung für Hausärzte / **Medikament der Wahl bei Angststörungen ist meist ein modernes Antidepressivum**

MÜNCHEN (wst). Patienten mit Angststörungen kommen häufig in hausärztliche Praxen. Allerdings verstecken sich die Störungen oft hinter somatischen Symptomen, etwa den Zeichen eines vermeintlichen Infarkts. Daher deckt nur gezieltes Nachfragen die Angst auf.

Auch für Angststörungen gilt: Je früher sie erkannt werden und je früher die Patienten eine Medikation oder eine Verhaltenstherapie erhalten, um so besser ist die Prognose. Mit einer Lebenszeitprävalenz von neun bis 25 Prozent sind Angsterkrankungen relativ häufig. Deshalb wurden Angststörungen auch als eines der Themen bei der Münchener Veranstaltung der Fortbildungsserie Pri-Med Updates ausgewählt. Die "Ärzte Zeitung" ist Medienpartner dieser Serie.

Meist gehen die Patienten zunächst zum Hausarzt. Allerdings ist es eher die Ausnahme, dass sie in die Praxis kommen, um ihre Ängste zu schildern. Das ist die Erfahrung des Allgemeinmediziners Professor Klaus Wahle aus Münster. **Bei den meisten verstecken sich die mehr oder weniger bewussten Ängste hinter somatischen Symptomen.**

Ergibt deshalb die obligate körperliche Untersuchung keine Anhaltspunkte für eine organische Krankheit, gilt es, hinter die angegebenen Symptome zu schauen. **Anstatt aber solche Patienten - meist erfolglos - von der Nichtigkeit der somatischen Beschwerden zu überzeugen, sollten Kollegen versuchen, mit empathischen Fragen das seelische Befinden auszuloten.**

Leidensdruck bestimmt die Therapiebedürftigkeit

Schon die ernsthaft und nachdrücklich formulierten vier Wörter "Wie fühlen Sie sich?" reichen oft aus.

Die Patienten gehen dann oft so weit aus sich heraus, dass ein bestehendes Angstleiden deutlich sichtbar wird. Daraufhin können die Kollegen die Chance ergreifen, das Thema konstruktiv anzusprechen, sagte Wahle.

Zwar können die Grenzen zwischen begründeten, nachvollziehbaren Angstzuständen und einer krankhaften Angststörung fließend sein. Doch die Behandlungsbedürftigkeit ergibt sich stets aus dem Leidensdruck. Er kann sehr hoch sein, zum Beispiel bei Patienten mit Panikattacken oder Phobien, die eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verleiden und berufliche Chancen verbauen. Oder bei Menschen, die von einer generalisierten Angststörung zermürbt werden. Dann ist eine Behandlung indiziert.

Pharmakotherapie der Wahl bei allen Formen von Angststörungen sind Antidepressiva, vorzugsweise aus der Gruppe der selektiven Serotonin-Wiederaufnahmehemmer (SSRI) oder der modernen dual wirksamen Serotonin-Noradrenalin-Wiederaufnahmehemmer (SNRI). Daran erinnerte Dr. Reinhard J. Boerner, Chefarzt der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Quakenbrück.

Das Empfinden der Patienten zählt

Der Zustand der Patienten sollte sich drei Wochen nach Therapiebeginn erkennbar und spätestens nach sechs Wochen deutlich gebessert haben. Was dabei zähle, seien keine Skalen, sondern das Empfinden der Patienten, betonte Boerner. Für die Rückfallprophylaxe wird die Therapie für mindestens zwölf Monate weiter geführt. Bei Nichtansprechen sollte die Substanzgruppe gewechselt und außerdem die Diagnose überdacht werden.

Neuroleptika sind bei Angststörungen nicht indiziert, wie Boerner sagte. Und mit Benzodiazepinen sollten wegen der Gefahr der Abhängigkeit allenfalls bei schwer angstgestörten Patienten die ersten zwei bis drei Wochen bis zum Wirksamwerden besser geeigneter Medikamente überbrückt werden. Nach wie vor Goldstandard bei Angststörungen sind Verhaltenstherapien.

STICHWORT

Pri-Med

Der Fortbildungsspezialist Pri-Med bietet zertifizierte Updates speziell für Hausärzte an. Auf den ganztägigen Veranstaltungen geht es um häufige und praxisrelevante Krankheiten wie Diabetes. Jeweils ein Kliniker und ein niedergelassener Kollege berichten zum Beispiel über bewährte und neue Therapien und wie diese in der Praxis umgesetzt werden können. Wer sich online anmeldet, spart die Teilnahmegebühr. Die nächsten Veranstaltungen: 7. März in Hannover, 28. März 2007 in Frankfurt / Main, 25. April in Leipzig.

Infos und Anmeldung: Pri-Med Updates, Bettinastraße 30, 60325 Frankfurt / Main, Tel.: 018 05 / 873 283, Fax: 0 18 05 / 000 979, www.Pri-Med.de, E-Mail: Anmeldung@Pri-MedUpdates.de
<http://www.aerztezeitung.de/docs/2007/01/15/006a0901.asp?cat=/medizin/angst>

Hervorhebungen: Scherrmann

Anmerkung Scherrmann:

Es faellt mir schwer, hier kein zynisches Kommentar zu schreiben.

Ich kopiere diese Veroeffentlichung in der ganzen Laenge, weil ich finde, Menschen mit Chemikalienintoleranz, denen häufig Angststoerungen, z. B. eine generalisierte Angsstoerung, angedichtet werden, sollten unbedingt wissen, wie die Aerztinnen und Aerzte informiert werden.

=====

RECHT

Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung informiert: Berlin, den 08.02.2005
Unbürokratischer Zuzahlungsnachweis für schwerwiegend chronisch Kranke - kein jährlicher Nachweis mehr erforderlich

Patientinnen und Patienten, die in einer Dauerbehandlung sind und bei denen eine Verbesserung der Krankheitssituation nicht zu erwarten ist, müssen seit dem

1. Januar 2005 nicht mehr jährlich einen ärztlichen Nachweis über das Vorliegen einer schwerwiegenden chronischen Erkrankung vorlegen. Das gilt insbesondere für Pflegebedürftige der Stufe 2 und 3. Die Krankenkassen haben aber weiterhin die Möglichkeit, in Zweifelsfällen einen

erneuten Nachweis zu verlangen. Damit wird die Chroniker-Regelung entbürokratisiert und pflegebedürftige Menschen und ihre Familien entlastet.

Dieser Nachweis ist wichtig, weil gesetzlich Versicherte, die schwerwiegend chronisch krank sind und wegen dieser Krankheit in Dauerbehandlung sind, bei der Ermittlung der Belastungsgrenze besonders behandelt werden. Sie müssen nämlich nur ein Prozent ihrer jährlichen Bruttoeinnahmen an Zuzahlungen leisten. Die Belastungsgrenze für nicht chronisch kranke Menschen liegt bei zwei Prozent.

Als schwerwiegend chronisch krank gilt, wer mindestens einen Arztbesuch pro Quartal wegen derselben Krankheit wenigstens ein Jahr lang nachweisen kann und zusätzlich eines der folgenden Kriterien erfüllt: Entweder Pflegebedürftigkeit der Pflegestufe 2 oder 3 oder aber ein Grad der Behinderung beziehungsweise eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 60 Prozent.

Außerdem ist Chroniker, wer eine kontinuierliche medizinische Versorgung benötigt, ohne die nach ärztlicher Einschätzung eine lebensbedrohliche Verschlimmerung der Erkrankung, eine Verminderung der Lebenserwartung oder eine dauerhafte Beeinträchtigung der Lebensqualität durch die von der Krankheit verursachte Gesundheitsstörung zu erwarten ist. Zu den chronischen Krankheiten, die eine Dauerbehandlung erfordern, gehören zum Beispiel Diabetes mellitus, Asthma, chronisch obstruktive Atemwegserkrankungen oder koronare Herzkrankheit.

http://www.die-gesundheitsreform.de/presse/pressemittteilung/dokumente/2005_1/pm_2005-02-08-22.html

Chemikalien und Gefahrstoffe

76/769/EWG – RL Beschränkungen des Inverkehrbringens gewisser gefährlicher Stoffe

Stand: 20. November 2006

www.UMWELTdigital.de/68250 (kostenpflichtig)

=====

POLITIK - BEHOERDEN

=====

UBA - UMWELTBUNDESAMT

Dessau, den 22.12.2006

Gemeinsame Presseinformation der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, des Hermann-Rietschel-Instituts der TU Berlin und des UBA

Bauprodukte: Schadstoffe und Gerüche vermeiden – neue Forschungsergebnisse

Broschüre informiert über Emissionen aus Bauprodukten

Die eigenen vier Wände farbig streichen, Laminat oder einen flauschigen Teppich verlegen. Renovieren macht Spaß und die Wohnung schöner. Doch nicht selten enthalten Bauprodukte – wie Fugendichtstoffe, Lacke und Farben – gefährliche Stoffe. Da die meisten Menschen in Deutschland rund 20 Stunden täglich in geschlossenen Räumen verbringen, ist gesunde Innenraumluft sehr wichtig. Bei geruchsintensiven Stoffen lassen sich die Belastungen einfach feststellen und starkes Lüften kann vorübergehend helfen. Viele Emissionen bemerkt die Nase aber nicht. Die Stoffe könnten dann der Gesundheit und dem Wohlbefinden schaden. Diesen Themen widmet sich die neue Broschüre „Bauprodukte: Schadstoffe und Gerüche bestimmen und vermeiden – Ergebnisse aus einem Forschungsprojekt“. Die 100-seitige Broschüre ist kostenlos erhältlich und richtet sich an Heimwerker, Architekten und Bauingenieure sowie an Beschäftigte in Gesundheits-, Bauaufsichts- und Umweltbehörden. Die Broschüre ist ein gemeinsames Projekt der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM), des Hermann-Rietschel-Institut (HRI) der Technischen Universität Berlin und des Umweltbundesamtes (UBA).

Die europäische Bauproduktenrichtlinie trägt dazu bei, dass europaweit zunehmend gesundheits- und umweltverträgliche Bauprodukte auf den Markt kommen. Diese müssen nicht nur Standsicherheits- und Brandschutzanforderungen erfüllen, sondern sollen auch künftig hohen Ansprüchen an Hygiene,

Gesundheit und Umweltschutz gerecht werden. 17 Jahre nach Inkrafttreten der Bauproduktenrichtlinie gibt es allerdings immer noch viel zu tun: Erst einige Bauprodukte erfüllen die Prüfwerte des so genannten „AgBB-Schemas“, das der Ausschuss für die gesundheitliche Bewertung von Bauprodukten (AgBB) erarbeitete und das seit 2005 Bestandteil der Grundsätze des – für die Zulassung von Bauprodukten zuständigen – Deutschen Instituts für Bautechnik ist. Produkte verschiedener Hersteller bestanden die Prüfung nicht, Produkthanpassungen waren erforderlich. Dies zeigt, dass die Anwendung des AgBB-Schemas auf weitere Bauprodukte ausgedehnt werden sollte, denn: In fast allen untersuchten Produktgruppen gibt es auch schadstoff- und emissionsarme Erzeugnisse, die das Umweltzeichen Blauer Engel tragen.

Geruchliche Prüfungen – durch ein neu entwickeltes Messverfahren mit Hilfe der menschlichen Nase und durch eine „elektronische Nase“ – erbrachten zusätzliche Informationen über die Freisetzung geruchsaktiver Spurensbstanzen. Solche Geruchsprüfungen von Bauprodukten sind bisher wegen eines fehlenden abgestimmten und allgemein anerkannten Verfahrens zur Geruchsbewertung nur ein „Merkposten“ im AgBB-Schema.

Die Nachfrage nach Informationen zu den Themen „gesundes Wohnen“ und „Innenraumhygiene“ ist ungebrochen. Die neue Broschüre reiht sich ein in die bisher erschienenen Publikationen „Gesünder wohnen – aber wie? Praktische Tipps für den Alltag“ und „Umwelt und Gesundheit in Deutschland – Beispiele aus dem täglichen Leben“ (Ausgabe 2005).

Die Broschüre steht unter <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3120.pdf> sowie auf den Internetseiten des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG) www.apug.de zum Download bereit. Dort finden sich auch weitere Publikationen zum Thema Umwelt und Gesundheit.

Eine gedruckte Fassung der neuen Broschüre gibt es kostenlos bei Gemeinnützige Werkstätten Bonn, In den Wiesen 1-3, 53227 Bonn oder per E-Mail über info@umweltbundesamt.de .

=====

Ende des newsletter/d/105

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: + 49 7352 940529, email: info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt